

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Pakistan will Grenze sichern

Die pakistanische Regierung ist bemüht, die Grenze zu Afghanistan stärker zu kontrollieren. Am Grenzübergang in Chaman (Belutschistan) wurden Kontrollen mit maschinenlesbaren Ausweisen eingeführt. Da zuvor nur wenige dieser Ausweise ausgegeben wurden, kam es zu Staus und Verärgerung unter Händlern an der Grenze. Für besonderen Unmut sorgten Pläne der pakistanischen Regierung, Teile der Grenze mit Zäunen oder sogar Minen zu sichern. Die Grenze verläuft durch das paschtunische Stammesgebiet und wird von der lokalen Bevölkerung ständig überquert. Viele Paschtunen haben die so genannte Durand-Linie – die Staatsgrenze zwischen Afghanistan und Pakistan – nie akzeptiert und beobachten die Maßnahmen Islamabad argwöhnisch. Menschenrechtsorganisationen und die afghanische Regierung zeigten sich empört über die Pläne einer umfassenden Grenzsicherung. Pakistan reagiert mit diesen Maßnahmen auf Kritik insbesondere aus Afghanistan und den USA, Islamabad unternimmt zu wenig, um das Eindringen von Taliban-Kämpfern nach Afghanistan zu unterbinden. Premierminister Shaukat Aziz hat die EU aufgefordert, bei der Rückkehr afghanischer Flüchtlinge aus Pakistan zu helfen. Pakistan will die Flüchtlingslager schließen, da die Taliban dort leicht neue Kämpfer rekrutieren könnten.

Mullah Omar in Quetta?

Im afghanischen Fernsehen wurde im Januar ein Video mit Verhör-Aussagen des gefangenen Taliban-Sprechers Muhammad Hanif gezeigt, in dem dieser sagte, Taliban-Chef Mullah Omar sei im pakistanischen Quetta und werde vom pakistanischen Geheimdienst ISI unterstützt. Ex-ISI-Chef Hamid Gul sei außerdem verantwortlich für die Ausbildung von Selbstmordattentätern, die dann nach Afghanistan eingeschleust würden. Gul und die pakistanische Regierung dementierten die Vorwürfe entschieden. Pakistanische Medien berichten allerdings immer wieder über eine öffentlich sichtbare Präsenz der Taliban in der Hauptstadt Belutschistans. US-Geheimdienstchef Negroponte hatte im Januar ebenfalls außergewöhnlich deutlich die Vermutung geäußert, dass die Führung der Taliban wie auch der al-Qaida sich auf pakistanischem Gebiet aufhalte.

Erneuter Luftangriff in Waziristan

Am 15. Januar hat die pakistanische Luftwaffe erneut einen Angriff auf ein Dorf in Südwaziristan in den autonomen Stammesgebieten an der afghanischen Grenze geflogen. Mindestens acht Menschen wurden getötet, nach offiziellen Angaben (zum Teil ausländische) Terroristen. Protestierende lokale Bewohner sagten allerdings, es habe sich um einfache Arbeiter gehandelt. Der Angriff fiel zeitlich mit dem Besuch des neuen US-Verteidigungsministers Gates in Kabul zusammen. Erst im Herbst hatte ein Luftangriff in Bajaur, ebenfalls in den Stammesgebieten, massive Proteste von Bewohnern und Oppositionspolitikern zur Folge gehabt. Unterdessen wächst die Kritik am Friedensabkommen der Regierung mit militanten islamistischen Kämpfern in Nordwaziristan vom vergangenen September. Diese Übereinkunft habe ebenso wie die vorangegangene in Südwaziristan (aus dem Jahr 2004) zu einer "Talibanisierung" der Region geführt, berichten Beobachter. Allerdings hatte der massive Einsatz von Truppen auch keine Erfolge gebracht. Die *International Crisis Group* ruft die Regierung in Islamabad in einem im Dezember veröffentlichten Bericht dazu auf, statt dessen den aus der Kolonialzeit stammenden Sonderstatus der Stammesgebiete zu überwinden und ihren Bewohnern politische Partizipation und ökonomische Entwicklung zu bieten. www.crisisgroup.org

Anschlagsserie im Nordwesten

Zu Beginn des Monats Muharram (Ende Januar) hat eine Serie von Anschlägen den Nordwesten Pakistans getroffen. Ein Selbstmordattentäter war vermutlich für den Tod von 13 Menschen in Peshawar verantwortlich. Ein anderer tötete zwei Menschen in Dera Ismail Khan in der Nähe einer schiitischen Prozession. Raketenangriffe in Bannu und Hangu hatten offenbar Schiiten zum Ziel. Zuvor hatte ein Selbstmordattentäter sich und einen Wachmann vor dem Marriott-Hotel in Islamabad in die Luft gesprengt. Unklar ist, inwieweit die Anschläge miteinander zusammenhängen. Gewalt gegen Schiiten hat um das Ashura-Fest im Monat Muharram inzwischen Tradition in Pakistan – im vergangenen Jahr starben in Hangu etwa 40 Menschen. Die konfessionellen Konflikte im Irak verschärfen die Lage auch in Pakistan. Andererseits werden einige Anschläge auch mit der

Situation in den Stammesgebieten an der Grenze Afghanistans in Verbindung gebracht. Auffallend ist die Zunahme von Selbstmordattentaten in den vergangenen Monaten, die auf die Existenz terroristischer Netzwerke schließen lässt.

NWFP soll umbenannt werden

Die Regierung der Nordwest-Grenzprovinz (NWFP) hat ihre Bemühungen intensiviert, den aus der Kolonialzeit stammenden Namen zu ändern. Ministerpräsident Akram Khan Durrani sprach sich für eine Umbenennung in *Pakhtunistan* (nach der Mehrheitsbevölkerung der Paschtunen) aus. Jetzt soll vorerst ein Ausschuss geeignete Namensvorschläge unterbreiten.

Streit unter Islamisten

Die Islamisten-Koalition MMA, ein Zusammenschluss von sechs Parteien unterschiedlicher konfessioneller und ideologischer Ausrichtung, ist sich uneins, ob sie – wie angekündigt – ihre Abgeordnete aus allen Parlamenten abziehen soll. Die Islamisten hatten damit gedroht, falls die Reform der *Hudood*-Gesetze beschlossen würde – wie Ende 2006 geschehen (s. *Südasiens* 4/2006). Besonders die *Jamaat-i-Islami* von Qazi Husain besteht darauf, dass dieser Schritt jetzt auch umgesetzt wird. Die stärkste der islamistischen Parteien, die JUI-F von Maulana Fazlur Rahman, ist dagegen nicht so erpicht auf einen Parlamentsboykott. Denn sie stellt nicht nur den Ministerpräsidenten der NWFP, sondern trägt auch die Regierung in Belutschistan mit. Fazlur Rahman werden gute Kontakte zum Präsidenten nachgesagt. Diese Machtpositionen will er nicht einbüßen und verhindert bisher den Rückzug der Islamisten aus den Parlamenten. Bei den letzten Wahlen erhielten die MMA elf Prozent der Stimmen und über 50 Sitze in der Nationalversammlung, und damit mehr Einfluss als jede islamistische Gruppierung zuvor in der Geschichte Pakistans; aber sie ist seitdem immer wieder durch interne Streitigkeiten aufgefallen. Viele Beobachter sehen sie nicht als eigenständigen Machtfaktor, der das Militär herausfordern könnte, sondern eher als Instrument in den Händen des Militärs, um die Opposition zu spalten.

Unklare Ausgangssituation zu Beginn des Wahljahrs

Präsident Musharraf lässt sich, wie so häufig, alle Optionen offen, was die Wahlen Ende 2007 angeht. Da seine Amtszeit im November ausläuft, müsste er sich zuvor Neuwahlen durch Nationalversammlung

und Senat sowie durch Provinzparlamente stellen. Deren Legislaturperiode läuft aber vorher ab. Dass Parlamente schnell noch kurz vor ihrer Auflösung einen neuen Präsidenten für fünf Jahre wählen würden, wäre verfassungsrechtlich oder mindestens politisch problematisch. Musharraf selbst hat sich bisher nicht klar geäußert, was er plant, lässt nur probeweise Gerüchte streuen. Auch der ewige Streit, ob er seine Uniform (und damit die Doppelfunktion als Armeeführer) behält, dürfte wieder hochkommen. Genauso wenig ist der pakistanischen Wählerschaft bisher klar geworden, welche politischen Alternativen in den Parlamentswahlen im Herbst auf sie zukommen. Immer wieder ist in den vergangenen Monaten über eine Annäherung oder gar Allianz zwischen Musharraf und der PPP von Benazir Bhutto spekuliert worden. Viele Beobachter sahen zum Beispiel die liberalere Gesetzgebung zu Frauenrechten in diesem Kontext. Mögliche Motive, die immer wieder genannt wurden, waren das Bedürfnis Musharrafs, sich (nicht zuletzt auf westlichen Druck hin) von den Islamisten zu distanzieren, mit denen er bislang in entscheidenden Fragen immer wieder kooperiert hatte; und natürlich die Angst davor, ohne Koalitionspartner keine Mehrheit zu bekommen. Musharraf hat allerdings immer wieder klar gestellt, dass weder Benazir Bhutto noch der andere Ex-Premier im Exil, Nawaz Sharif, zu den Wahlen nach Pakistan zurückkehren könnten. Offensichtlich ist auch, dass die Präsidentenpartei PML-Q und ihr Chef Chaudhry Shujaat Hussain einem Bündnis mit der PPP eher reserviert gegenüberstehen.

Indisch-pakistanischer Dialog wird fortgesetzt

Beim Besuch des indischen Außenministers Mukherjee im Januar vereinbarten beide Länder die Fortsetzung des *Composite Dialogue* über verschiedene Streitpunkte für März. Es wird die vierte Gesprächsrunde sein. Bereits im Februar soll Außenminister Kasuri nach Delhi reisen und eine Reihe von Abkommen unter Dach und Fach bringen – es geht darin unter anderem um die Reduzierung von Gefahren durch Nuklear-Unfälle, die schnellere Repatriierung von Menschen, die irrtümlich die Grenze überqueren, und die Vermeidung von Seezwischenfällen. Außerdem wurde eine gemeinsame Vermessung des umstrittenen *Sir Creek*-Gebiets im Süden der gemeinsamen Grenze begonnen. Substanzielle Einigungen in den Konflikten wie Kaschmir oder auch nur der Grenzziehung am Siachen-Gletscher sind allerdings nach wie vor nicht in Sicht. Indiens Premierminister Singh hat immerhin seinen Willen bekräftigt, mit Pakistan einen "Friedensvertrag" abzuschließen.